

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 218 Nr. 285 a

Bezugspreis: monatlich 3.00, vierteljährlich 8.00, halbjährlich 15.00, jährlich 30.00

Halle - Saale

Anzeigenpreis: Die Zeile für 1000 Mal 1.00, für 500 Mal 0.50, für 250 Mal 0.30, für 100 Mal 0.15

Verlagsstelle: Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62 - Fernruf Zentrale 7901, abends von 7 Uhr an Redaktion 560 und 5610 - Postfach 10000, Halle

Sonnabend 5. Dezember 1925

Verlag: C. H. Beck'sche Buchverlagsanstalt, Leipzig

# Ein Beamtenkabinett Luthers?

## Vorläufig keine Große Koalition

### Morgen Kabine tsrat

Berlin, 4. Dezember.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird nach den bisherigen Dispositionen, die sich kaum noch ändern dürften, morgen vormittag um 11 Uhr eine Besprechungs-Konferenz stattfinden, in der verschiedene Fragen zur Beratung stehen. Im Anschluss daran wird eine Ministerbesprechung stattfinden. Es ist damit zu rechnen, daß nach deren Ende der Reichspräsident dem Reichspräsidenten die Demission des gesamten Kabinetts überreichen wird.

### Der Stand der Regierungsbildung

Berlin, 4. Dezember.

Von unserer Berliner Schriftleitung.  
An der Frage der Regierungsbildung ist auch, nachdem die deutsche Delegation aus London zurückgekehrt ist, noch alles in Fluss. Es scheint Eindrück auf die Parteien gemacht zu haben, daß das Ergebnis von London keineswegs den vorher geheuten und offen propagierten Erwartungen entspricht. Die in Betracht kommenden Parteiführer haben sich bereit auf ihre rein innerparteiliche einseitige Macht verlassen, daß sie wollen den Will für die gesamte politische Lage verloren haben. Zentrum

und Demokraten halten nach wie vor an dem Gedanken der Großen Koalition fest und an die Betrauung des ehemaligen Reichspräsidenten mit dem Amte des Reichspräsidenten. Es wird erwartet, daß das Zentrum eine runde Absicherung auspricht, wenn Luther mit dem Vorschlag beirätigt, eine sogenannte Regierung der Mitte zu schaffen. An demokratischen Kreisen behauptet man, daß die Volkspartei nunmehr doch geneigt sei, dem Gedanken der großen Koalition näher zu treten und daß nur der Widerstand der Sozialisten noch überwinden werden müsse. Das würde richtig sein, doch in der Tat ist in der Volkspartei eine Strömung bemerkbar, die in dieser Richtung hinget, doch aber eine entscheidende Maßnahme darüber noch nicht fassgefunden hat und daß man gegenwärtig doch noch an dem Gedanken eines bürgerlichen Minderheitskabinetts festhält. Reichspräsident Luther, der voranschreitend am Montag vom Reichspräsidenten den neuen Auftrag zur Regierungsbildung erhält, wird wohl auch versuchen, dieses Kabinett der bürgerlichen Mitte, das im großen ganzen eine Rekonstruktion des bisherigen Kabinetts darstellen würde, zu Stande zu bringen. Scheitert er mit diesem Vorhaben, so besteht dadurch die Möglichkeit, daß er in Übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten eine Art Beamtensministerium zusammenstellt, das die Geschäfte so lange führt, bis sich die parlamentarische Lage geklärt hat. Man glaubt in politischen Kreisen nicht, daß eine Partei die Verantwortung übernehmen würde, ein solches Beamtensministerium sofort bei seinem ersten Auftreten vor dem Reichstag zu stützen.

partei ansetzt. Hat ihren Mitgliedern für die Debatte freie Hand gelassen. Von Seiten der Freunde Branda erwartet man, daß die Gegenarbeit der Sozialisten, die sich in diesen Tagen sehr stark bemerkbar machte, durch einen neuen Erfolg der Regierung im Senat zum Stillstand gebracht werden wird.

### Die Pariser Presse über Branda's Kammerrede

Berlin, 4. November.

Die Morgenblätter sind noch voll patriotischer Zeitungen über den Verlauf der geistigen Kammerführung. Allgemein wird gesagt, daß Brand sich selbst übererfreuen und mit hinreichender Verehrtheit gesprochen habe. Ein Teil der Presse äußert Befürchtungen, daß die Gesundheit Branda's, die bekanntlich erheblich zu wünschen läßt, gefährdet sei. Man weiß bereits, daß Brand durch die großen Anstrengungen der letzten Tage so mitgenommen sei, daß er den Strapazen parlamentarischer Nachhaken kaum mehr gewachsen sei. Die Blätter fordern mit Rücksicht auf die Gesundheit Branda's die Abschaffung nächstlicher Kammerführungen.

### England zu der bevorstehenden Wölferbundentscheidung in der Wollfrage

Berlin, 4. Dezember.

Die „Westminster Gazette“ warnt erneut vor der ersten Gefahr die sich im Wollgebiet zusammenzieht. Die Türkei könne es nicht dulden, so sagt das Blatt, daß der Wölferbund am 7. Dezember die Anträge der Türkei auf das Gebiet von Woll ablehnt. Der große Ernst der Lage ist zu erwarten. Die Wollpreise werden sich sehr wohl heben. Es handelt sich nicht nur um Wollpreise, sondern um Dinge, die die ganze Weltwirtschaft betreffen könnten. In London glaubt man nicht, daß die Anträge der Türkei auf das Wollgebiet etwas orientalisches Unverständnis seien, sondern man müßte betonen, daß die politische Zukunft der Türkei davon abhängt, ob sie Frieden aus der Wollfrage zur Türkei gewinnen oder nicht. Am 7. Dezember werde der Wölferbund keine Entscheidung fällen. Deshalb werde nicht notwendigerweise Krieg ausbrechen können, denn von der Möglichkeit eines gewaltsamen Vorgehens habe die Türkei Mittel anderer Art, wie das der politischen Welt, zur Verfügung.

### Enalisch-türkische Verhandlungsmöglichkeit in der Wollfrage

Berlin, 4. Dezember.

Wach einer Mitteilung der „Westminster Gazette“ soll die türkische Regierung bereit sein, mit England über die Wollfrage auf der Basis zu verhandeln, daß über die Unterlage des Paz, eines Referentiums des Tages, die neue Grenze im Wollgebiet darstellen soll.

### Vor neuen Kämpfen in Syrien

Berlin, 4. Dezember.

Wie Meuter aus Beirut berichtet, haben die Drusen vorgestern Abend eine französische Kolonne in der Nähe des Dorfes Hermon angegriffen, wurden jedoch mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Nach einer weiteren Meldung herrscht in Damaskus nach wie vor der Verfassungszustand. Die Corps um die Sicherheit der Stadt ist keineswegs behoben. Die seit langem von den französischen Truppen eingeleiteten Operationen zur Umzingelung des Hauptquartiers der Drusen in Hesebo, wo die Aufständischen ihre Stützpunkte in Höhe von etwa 5000 Mann zusammengezogen haben, haben gestern begonnen. Die von den französischen Seiten auf die Stadt anrückenden französischen Kolonnen haben Fühlung miteinander und die Artillerie hat zur Vorbereitung des Infanterie- und Kavallerieangriffes eine heftige Beschichtung des Konzentrationen-lagers eröffnet.

### „Politische Garantien“ für den Vatikan

Rom, 4. Dezember.

Die Regierung erwägt tatsächlich den Gedanken einer praktischen Ausübung mit der Kurie. Es wäre, so sagt man, kein Wunder, wenn Vatikan schon in aller nächster Zeit mit einer entsprechenden Verordnung beauftragt, die ihm die Sympathie aller Katholiken der Welt gewinnen würde. Allerdings dürfte es sich bei der Erfüllung der päpstlichen Souveränitätswünsche nur um die Schaffung politischer, nicht territorialer Garantien handeln, während nach unter Papst Leo von der Kurie ausdrücklich territoriale Sicherheit verlangt wurde. Man will übrigens auch auf den Wunsch des Kardinals Gasparri hin, daß Vatikan erwarte die Lösung der römischen Frage nicht auf dem Wege der Intervention, sondern durch einen vollständigen Akt der italienischen Regierung.

# Das magere Ergebnis von London

## Enklärung

Berlin, 4. Dezember.

Von unserer Berliner Schriftleitung.  
Die aus London zurückgekehrte Delegation ist ohne Empfangsfeierlichkeiten und fast unmerklich in Berlin wieder eingetroffen. Diese Rückkehr entspricht durchaus dem Ergebnis der Londoner Verhandlungen, die unangenehm eine schwere Enttäuschung darstellte, wenn auch der Reichsaußenminister und der Reichspräsident es offenbar im Interesse der von ihnen verfolgten Politik für gebührend halten. Diese Enttäuschung ergibt sich aus dem Inhalt der in seinem Bericht über London enthaltenen Ausführungen, die nicht nur schon durch die schmerzlichen Verhandlungen erreicht worden wäre. Die Situation ist nun die, daß die Verhandlungen weiter in der bisherigen Art durch die deutsche Volkspartei fortgeführt werden und einer bevorstehenden Konferenz in Paris, von der die Pariser und Londoner Presse zu melden weißt, in keine Rede mehr. An die deutschen Vertreter ist jedenfalls eine innewohnde Anreize Anreize dieser Art nicht herangebracht worden und Deutschland beurteilt seinerseits die allgemeine Situation auch nicht so, als daß es sich von einer solchen Konferenz nach den bisherigen Enttäuschungen etwas besonderes versprechen könnte. Dadurch erhöht sich auch die Spannung der Meinung, daß der Außenminister Dr. Stresemann ein besonderes Bemerkens entgegenzusetzen, da eine Veranstaltung zu einer solchen Reise nicht beliebt. Das hätte irgend wann einmal zu gegebener Zeit Dr. Stresemann oder ein anderer Außenminister zu Verhandlungen nach Paris reist, ist natürlich nicht ausgeschlossen. Es bleibt also immer übrig, die besondere Arbeit auf dem gewöhnlichen Wege fortzusetzen und planmäßig weiterzutreiben.  
Es dürfte nun in erster Linie Aufgabe des deutschen Reichsaußenministers für die besetzten Gebiete (Ruhr, u. S. m.) sein, in den Versuch von Wollens einer weiteren inneramtlichen Klärung des bisherigen Scheiterns zu erreichen. Eine Aufgabe, die unserer Meinung nach von dem Außenminister trotz des zur Schau getragenen Optimismus in keiner Weise einer Lösung näher gebracht ist. Die Londoner Delegationsführer werden sich nunmehr den innenpolitischen Fragen zuwenden und versuchen, eine Reform der Ministerpolitik herbeizuführen.

### Vorläufig keine Reise Stresemanns nach Paris

Berlin, 4. Dezember.

Sauerwein behältigt heute im „Matin“ noch einmal ausdrücklich seine getrigte Mitteilung, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann in den nächsten Tagen zur Verhandlung mit Brand nach Paris reisen werde. Hierzu erfahren wir aus Kreisen der letzten aus London zurückgekehrten Delegation, daß diese Mitteilung keineswegs zutrifft. Man erfährt, daß infolge des morgigen Austritts des Reichsaußenministers selbstverständlich für die nächste Zeit nicht möglich sind.

### Boch gegen Branda's Politik

Berlin, 4. Dezember.

Die „Westfälische Anzeiger“ berichtet auf der Frage der Aufhebung der Luftfahrzeugkontrolle, daß das französische Oberkommando ein Gegen dieser Maß-

nahmen sei da sie den Deutschen die Gelegenheit gebe, ihre Handelsflotte unter ausgerechnet günstigen Bedingungen für Frankreich zu entwickeln. Trotz der Ansicht des Generalstabes seien Brand und der französische Unterstaatssekretär für Flugwesen im Sinne der französischen Forderungen entgegengekommen. Brand sei der Ansicht, daß das dem Geiste von Locarno entspreche, während der Unterstaatssekretär für Luftfahrt großen Wert darauf lege, daß die Linie Paris - Konstantinopel mit Überführung deutschen Gebietes sobald wie möglich hergestellt werde. Die Politik liegt an diese Erklärungen die immer und nachgerade auch wolle Vermeidung, daß Deutschland im Anlande, besonders in Holland, Flugzeuge baue, die für den Kriegszweck in Frage kämen. Vor allen Dingen komme nächstens ein neuer Ausreisepaß heraus der außerordentlich „gefährlich“ sei. Paris stehe wieder einmal unter deutscher Bedrohung.

### Ein weiteres enaliches Bataillon in Königstein

Königstein, 4. Dezember.

Ein Bataillon englischer Truppen ist im Laufe der Nacht mit einem Sonderzuge hier eingetroffen und hat heute morgen um 8 Uhr die Kaserne bezogen.

### Mit Locarnopolitik überföhrt

Berlin, 4. Dezember.

Mit der Abreise der Delegationen - nur die schließliche Delegation mit Dr. Benda an der Spitze ist noch hier - ist in der hiesigen Presse eine Reaktion auf die Überföhrtung mit Locarnopolitik eingetreten. Mit Ausnahme des „Deutsches Telegraph“ ist heute von Locarno kaum noch die Rede. Das Interesse an landesweiten wichtigen und dringenden Fragen der inneren und äußeren Politik hat die Oberhand gewonnen. Man hat sich in den letzten 6 Tagen kaum mit diesen Dingen befaßt können, und es ist jetzt nicht nur die Presse, sondern auch die politische Öffentlichkeit, die sich mit ihnen zu beschäftigen beginnt.

### Dänemarks Rütungsausgaben künftig nur ein Drittel

Berlin, 4. Dezember.

Der Verteidigungsminister Rasmussen sprach im Kolloquium der Reichstagsabgeordneten, auf den sich die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten geeinigt hatten. Der Vorschlag sieht die Verrückung Dänemarks bis auf einen Grenzausvor, wie ihn Deutschland in seiner Reichswehr und Reichsmarine hat. Die militärischen Ausgaben sinken dadurch von 46 auf 17,5 Millionen Kronen.

### Die Finanzdebatte im Pariser Senat

Paris, 4. Dezember.

Die Finanzkommission des Senats nahm heute vormittag mit 18 gegen 8 Stimmen Loucheux's Vorschlag an. Auch die Finanzdebatte, die heute nachmittag im Senat beginnen wird, wird mit einer Annahme des Gegenentwurfes enden. Der Senat an sich ist in seiner Mehrheit Gegner eines neuen Kriegszweckes, aber die Rechte ist weniger geneigt, um den notwendigen Umständen, die Verantwortung für eine neue Regierungslösung auf sich zu nehmen. Man sieht daraus, daß etwa 100 bis 125 Stimmen gegen die Regierung sein werden. Die demokratische Mitte, die man als die eigentliche Regierung-







